



„Gerechte Löhne – soziale Sicherheit“ Unter diesem Motto steht der 1. Mai 2012

Die Gewerkschaft der Polizei kämpft schon immer für gerechte Löhne, soziale Sicherheit und gute Arbeit. Diese Themen sind aktueller denn je. Vielfach wird versucht, die Folgen der Euro-Krise durch einseitige Sparpolitik auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abzuwälzen. Wir müssen in Deutschland und in ganz Europa dagegen kämpfen. Die bisherigen Maßnahmen führen unsere Gesellschaften in eine Sackgasse aus Armut, Ungleichheit, Rezession und letztlich höherer Verschuldung. Nur einseitig zu sparen, birgt die Gefahr, dass das deutsche und europäische Wachstum „abgewürgt“ wird.

Gewerkschaftsarbeit aktueller denn je

Nirgendwo in Europa ist die Einkommensentwicklung so negativ wie in Deutschland. Die Reallohnsteigerungen sind in den letzten acht Jahren so gering ausgefallen, dass die Einkommen weit hinter der Inflation zurückgeblieben sind. Man spricht von einem Minus von bis zu 8 Prozent in den Privathaushalten.

wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben und eine Perspektive muss entwickelt werden. Die für 2012 und 2013 in Berlin angedachten Gehaltssteigerungen von 2 Prozent sind nicht ausreichend, die Differenz zu den umliegenden Ländern aufzuheben. Das Gegenteil ist der Fall – die Lücke wird immer größer. Wie kann Berlin leistungsfähig bleiben und wie sollen Fachkräfte für Berlin gewonnen werden, wenn für die gleichen Arbeitsleistungen inzwischen Bundes- aber auch alle anderen Landesbeamten deutlich besser besoldet oder sollten wir sagen „alimentiert“ werden? Die Besoldungsdifferenzen führen immer mehr dazu, dass sich Kolleginnen und Kollegen mit dem Gedanken beschäftigen, dem Arbeitgeber „Land Berlin“ den Rücken zuzuwenden, um für sich zu prüfen, ob eine Beschäftigung in einem anderen Bundesland eine Alternative zu den schlechten Bedingungen in Berlin darstellen könnte. Geeignete Bewerber für den Landesdienst werden kaum noch zu motivieren sein, in Berlin eine Beschäfti-

Gerechte Löhne und soziale Sicherheit sehen anders aus. Die Vorgaben, im Haushalt 2012/2013 weiter globale Einsparsummen auszuweisen, gefährden die Daseinsvorsorge im Bereich der inneren Sicherheit, bei der Feuerwehr und in den Ordnungs- und Bezirksämtern. Eine Landespolitik, die durch „kaputtsparen“ glänzen will, die groß ankündigt, 250 Polizeivollzugsstellen neu zu schaffen aber gleichzeitig durch die „Rasermähermethode“ eine weitaus größere Zahl von Stellen in den vollzugsnahen Bereichen wegfallen lässt, wird ihrem Anspruch, die innere Sicherheit in Berlin zu stärken, nicht gerecht. Die GdP fordert hier ein sofortiges Umdenken. Diese Forderung erstreckt sich auch auf die Arbeitszeiten und Dienstplangestaltung. In allen Bereichen des öffentlichen Dienstes „laufen“ die Beschäftigten an der Grenze der Belastbarkeit. Steigende Krankenzahlen sind ein deutliches Warnsignal. Die Arbeitsumfelder müssen wieder an den Menschen und nicht der Mensch an das Arbeitsfeld angepasst werden. Geplante Personaleinsparungen von SPD und CDU sind völlig überzogen. Sie führen den öffentlichen Dienst und damit die Polizei, die Feuerwehr, das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) sowie die Bürger- und Ordnungsämter „an den Rand der Arbeitsfähigkeit“.

Auch eine fortschreitende Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ist der falsche Weg. Die „Zeche“ dafür würden die Bürgerinnen und Bürger und die Beschäftigten mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes und weiter sinkenden Einkommen zahlen.

Davon könnten in der Polizei der Zentrale Objektschutz (ZOS) und das Gefangenwesen (Gef) betroffen sein. Die GdP wird deshalb mit Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZOS und Gef der Berliner Polizei alle Möglichkeiten nutzen, Privatisierungsbestrebungen zu verhindern. Wir gehen davon aus, dass sich gegen die Privatisierung dieser polizeilichen Aufgaben breiter Widerstand formieren wird. Die Botschafter in Berlin und die Jüdische Gemeinde werden das Absenken von Sicherheitsstandards und die Flüchtlingsverbände die zu erwartenden Qualitätsverluste bei der Betreuung abzuschiebender Asylbewerber nicht akzeptieren.



Von links: Detlef Herrmann, stellvertretender Landesbezirksvorsitzender, Klaus Eisenreich, GdP-Geschäftsführer, Rüdiger Jakesch, Vorsitzender des Forums Sicherheitspolitik der CDU, Bernd Krömer, Innenstaatssekretär

Anlässlich einer Veranstaltung des Polizeiarbeitskreises der CDU am Mittwoch, dem 21. März 2012, diskutierten GdP-Vertreter mit einem „schlecht informierten“ Innenstaatssekretär über Personaleinsparungen bei der Polizei. Auf die konkrete Frage von Detlef Herrmann, ob eine Privatisierung des Zentralen Objektschutzes (ZOS) vorgesehen ist, antwortete Bernd Krömer sinngemäß: Selbst wenn ich es wüsste, würde ich es ihnen nicht sagen.

Wir fordern daher dringend ein Umdenken in der Lohnpolitik – auch im öffentlichen Dienst. Zeichnet sich in Berlin bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine leichte Entspannung und eine Perspektive zur Angleichung an das Lohngefüge der anderen Länder ab, so ist die Differenz der Gehälter der Beamtinnen und Beamten nicht weiter hinnehmbar. Sie müssen an der

Wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben und eine Perspektive muss entwickelt werden. Die für 2012 und 2013 in Berlin angedachten Gehaltssteigerungen von 2 Prozent sind nicht ausreichend, die Differenz zu den umliegenden Ländern aufzuheben. Das Gegenteil ist der Fall – die Lücke wird immer größer. Wie kann Berlin leistungsfähig bleiben und wie sollen Fachkräfte für Berlin gewonnen werden, wenn für die gleichen Arbeitsleistungen inzwischen Bundes- aber auch alle anderen Landesbeamten deutlich besser besoldet oder sollten wir sagen „alimentiert“ werden? Die Besoldungsdifferenzen führen immer mehr dazu, dass sich Kolleginnen und Kollegen mit dem Gedanken beschäftigen, dem Arbeitgeber „Land Berlin“ den Rücken zuzuwenden, um für sich zu prüfen, ob eine Beschäftigung in einem anderen Bundesland eine Alternative zu den schlechten Bedingungen in Berlin darstellen könnte. Geeignete Bewerber für den Landesdienst werden kaum noch zu motivieren sein, in Berlin eine Beschäfti-



Anpassung der Besoldung und Versorgung Innen- und Sportsenator Frank Henkel legt Gesetzentwurf vor

In einer ersten Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf zur Anpassung der Besoldung und Versorgung 2012/2013 in Berlin hat die GdP die Anpassungssätze von jeweils zwei Prozent als zu niedrig scharf kritisiert. Mit der letzten Besoldungsanpassung zum 1. August 2011 liegt Berlin derzeit bei ca. 90 vom Hundert des Besoldungsniveaus des Bundes. **Vor den Berliner Wahlen hat der CDU-Fraktionsvorsit-**

zende Dr. Florian Graf, der GdP am 12. September 2011 die für uns für die anstehenden Besoldungs- und Versorgungsverhandlungen entscheidenden „Sätze“ übermittelt: „Wegen der bevorstehenden Wahlen werden wir eine dementsprechende Initiative erst in der neuen Legislaturperiode anstoßen können. Ziel muss es sein, auch in Berlin wieder zu einem gerechten und leistungsbezogenen Besoldungssystem zurückzukehren.“

Darüber hinaus haben SPD und CDU in ihrer Koalitionsvereinbarung zur „Personalentwicklung und Qualifizierungsoffensive“ den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst des Landes Berlin eine konkurrenzfähige Einkommensentwicklung (Seite 42, die Zeilen 28 bis 30) und den Beamtinnen und Beamten zur „Personalentwicklung in der Landesverwaltung“ eine Perspektive zur Verringerung des Abstandes zum Besoldungsniveau der anderen Länder (Seite 43, die Zeilen 25 bis 26) versprochen. Mit dem aktuellen Tarifabschluss über Einkommenserhöhungen von 6,3 Prozent für die Beschäftigten von Bund und Kommunen, der zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten, Soldaten und Versorgungsempfänger übertragen wird, hat sich der „Abstand“ aktuell deutlich erweitert. Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Erhöhungen der Besoldung/Versorgung, der Mehrarbeitsvergütung und der Erschwerniszulagen reichen deshalb nicht aus. In diesen Anpassungsprozess müssen die aktuellen Erhöhungen nach dem Tarifabschluss Bund/Kommunen einbezogen werden. Darüber hinaus erwartet die GdP perspektivisch eine verbindliche Absichtserklärung des Senats und der Koalitionsfraktionen für weitere „Anpassungsschritte“ im Doppelhaushalt 2014/2015. Auch wurde im Gesetzentwurf die Anpassung der Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten zur Nachtzeit und an Samstagen vergessen. Das muss im Gesetz korrigiert werden. Mit

den umfassenden Personaleinsparungen hat in den Arbeitsbereichen, in denen Schichtdienst versehen wird, eine zusätzliche „Arbeitsverdichtung“ stattgefunden, und das insbesondere zur Nachtzeit und auch an den Samstagen. Die Polizei und die Feuerwehr sind davon nachhaltig betroffen. Die damit verbundenen besonderen Erschwernisse müssen unter den gegebenen Umständen auch finanziell ausgeglichen werden. Erneut hat die GdP eine Erhöhung der Zulage für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte des Landes Berlin in der Verwendung

- in einem mobilen Einsatz-Kommando (MEK) auf 300 €,
- in einem Spezial-Einsatz-Kommando (SEK) für besondere polizeiliche Einsätze auf 400 €,
- für Verdeckte Ermittler auf 260 € und in einer FAO auf 300 € monatlich gefordert.

Der stellvertretende Landesbezirksvorsitzende der GdP, Detlef Herrmann, hat Frank Henkel daran erinnert,

- dass er als Oppositionspolitiker immer eine finanzielle Perspektive für die Beamtinnen und Beamten in Berlin gefordert hat und
- er die mangelnde Wertschätzung des Senats der Arbeit der Beamtinnen und Beamten in Berlin immer kritisiert hat und
- deshalb die Erwartungshaltung seiner betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an ihn sehr hoch ist.

Die erforderlichen Gespräche zu diesem Gesetzentwurf wird der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) zusammen mit der GdP führen. Die GdP erwartet wegen der Bedeutung der Anpassung der Besoldung und Versorgung der Berliner Beamtinnen und Beamten nicht nur Verhandlungen mit dem Innen- und Sportsenator, sondern auch mit dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit, Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum sowie den SPD- und CDU-Fraktionsvorsitzenden Raed Saleh und Dr. Florian Graf.

REDAKTIONSSCHLUSS

Beiträge für die jeweils nächste Ausgabe müssen der Geschäftsstelle am 1. Arbeitstag des Vormonats vorliegen.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war am 5. 4. 2012.



DEUTSCHE POLIZEI

Ausgabe: **Landesbezirk Berlin**
Internet: www.gdp-berlin.de
E-Mail: GdP Landesbezirk:
gdp-berlin@gdp-online.de

Geschäftsstelle:

Kurfürstenstr. 112/113
10787 Berlin
Telefon (0 30) 21 00 04-0
Telefax (0 30) 21 00 04-29

Konten:

Postbank Berlin
Konto-Nr. 268 38-109 (BZL 100 100 10)
SEBAG
Nr. 1 045 414 000 (BLZ 100 101 11)

Redaktion:

Michael Laube (V.i.S.d.P.)
Handy-Nr. 0 15 25/4 10 17 51
E-Mail: micha.laube@online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6411



**KLARTEXT REDEN
ZUKUNFT GESTALTEN**



ARBEITSSCHUTZ

Aus den Medien: Polizei erstattet Anzeige gegen die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM)

„Als eine ungeheuerliche Schlaperei“ hat der Vorsitzende der GdP-Bezirksgruppe im Landeskriminalamt (LKA), Robert Hobrecht, gefährliche Baumängel im Gebäude des Flughafens Tempelhof, Gebäudeteil C2/G2, in 10965 Berlin, Columbiadamm 4, in einer Pressemeldung am 24. 2. 2012 bezeichnet. Dort befinden sich im 2. und 3. Obergeschoss die Diensträume des Betrugsdezernats (Dezernat 31) des LKA Berlin.

Vermieter des Objekts ist die BIM GmbH als Eigentümerversorger zusammen mit der von ihr beauftragten Tempelhofprojekt GmbH. Im Rundfunk, im Fernsehen und in den Tageszeitungen wurde ausführlich berichtet.

Robert Hobrecht in seiner Presseerklärung weiter: „Nach Prüfung der Baumängel durch den Sicherheitsingenieur der Polizei wurden ungesicherte elektrische Leitungsanlagen in den Fluren verlegt. Gesetzlich vorgeschriebene Brandschutzmaßnahmen und der Einbau von Brandschutzdecken

werden seit 2006 verschleppt. Der derzeitige Zustand im Gebäude verstößt gegen die Bauordnung und die Arbeitsstättenverordnung.“



Robert Hobrecht, Vorsitzender des Personalrates LKA
Foto: Archiv GdP

Brandschutztechnische Anforderungen werden missachtet.

Die Rettungswege sind nicht ausreichend gesichert und bis heute sind keine Maßnahmen zur Beseitigung der Mängel eingeleitet worden.

Ich begrüße ausdrücklich, dass die Polizeiführung nach jahrelangen vergeblichen Bemühungen, die Missstände beseitigen zu lassen, reagiert hat und Anzeige wegen Verstoßes gegen § 50 der Verordnung über den Betrieb von baulichen Anlagen (Betriebsverordnung – BetrVO) vom 10. 10. 2007 beim zuständigen Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg erstattet hat.

Wir werden jetzt mit allen uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten darauf drängen, dass diese Baumängel beseitigt werden. Unsere Kolleginnen und Kollegen haben ein Recht auf einen den beruflichen Anforderungen entsprechenden Arbeitsplatz. Sie können erwarten, dass die dafür Verantwortlichen das auch sicherstellen.“

EINSATZMITTEL

Vorverurteilt? Ein Bericht aus der Direktion 4

Mit Beginn der Umstrukturierung der Direktionshundertschaft in eine Einsatzhundertschaft der Direktion und der damit verbundenen Reduzierung von fünf auf drei Einsatzzüge waren neue Anforderungen und Aufgabengebiete zu bewältigen. Die Anpassung des Dienstzeitmodells hatte zur Folge, dass an bestimmten Tagen keine EHu (Einsatzhundertschaft) und somit auch keine der geforderten BFZ (Beweissicherungs- und Festnahmezug) zur Verfügung standen. Das Aufgabengebiet des BFZ beschränkt sich nicht nur auf koordinierte Freiheitsentziehungen bei Lagen aus besonderen Anlässen, sondern auch auf wesentliche Ereignisse des täglichen Dienstes, und zwar bei zu erwartendem hohem Straftäter- und Störerpotenzial, bezogen auf Anzahl und Intensität, bis zu

einem mittleren Bewaffnungsgrad, grundlegend unterhalb der Schusswaffe. Ein großes Aufgabengebiet, das es zu bewältigen galt! Da die Kriminalität keine Rücksicht auf Dienstpläne nahm, entschloss sich die Hundertschaftsführung, durch Bildung eines Festnahmezuges vorhandene Ressourcen zu nutzen und auszubauen. Durch eine stetige Weiterbildung der Mitarbeiter als Einsatztrainer, MS-Ausbilder (MS = Mehrzweckstock), BFZ-Multis (Multiplikatoren für Beweissicherungs- und Festnahmetechniken) oder TaBo (Tatbeobachter) und ein intensives modulares Einsatztraining sollten die Einsatzkräfte in die Lage versetzt werden, die an sie gestellten Anforderungen auf hohem Niveau zu erfüllen. Wie heißt es so schön im LF 371 (Leitfaden 371 = Eigensicherung im Poli-

zeidienst) „... bleiben sie fit in Sachen Eigensicherung ... seien sie Profi in Eigensicherung ...“. Unserem eigenen Anspruch und der Erwartungshaltung der Mitarbeiter versuchten wir als Führungskräfte gerecht zu werden. Während große Teile der Hundertschaft die neuen Herausforderungen annahmen, zeigten sich einige wenige mit kritischer Distanz. Durch eine Kollegin eines anderen Zuges erfolgte dann ein anonymer Brief an den Dienstvorgesetzten. Dieser basierte auf subjektive Empfindungen der Schreiberin und beschrieb, wie sich Teile des Einsatzzuges in bestimmten Einsätzen, aber auch im privaten Bereich, verhalten haben sollten. Eine Woche später wurde dem Einsatzzug vom zust. RefL

Fortsetzung auf Seite 4



EINSATZMITTEL

(Referatsleiter) eröffnet, dass Hinweise vorlägen, die besagten, dass die Beamten nichtdienstlich gelieferte Ausrüstungsgegenstände besitzen und verwenden. Aus diesem Grund wurde ein großer „Stubendurchgang“ angeordnet.

Einzelnen wurden die Beamten begleitet, um ihre Ausrüstungsgegenstände zu prüfen. Der Rest des Einsatzzuges musste unter Aufsicht im Lehrsaal verweilen. Im Laufe dieser Maßnahmen wurde aus der angekündigten Inaugenscheinnahme schnell eine Durchsuchung, weil persönliche und dienstliche Gegenstände der Mitarbeiter nicht nur durchwühlt, sondern auch Schränke der abwesenden Kollegen geöffnet und durchsucht wurden. Dieser Umstand wurde auch im Disziplinarverfahren als solcher erkannt und kritisch gewürdigt. Es ging um Quarzsandhandschuhe, die auf Nachfrage durch die jeweiligen Mitarbeiter ausgehändigt wurden und um drei nichtdienstlich gelieferte Einsatzrammen, welche mit Werkstattauftrag in einer Polizeidienststelle angefertigt worden waren. Mehrfache Nachfragen nach Grund und Rechtsgrundlage der Durchsuchung blieben unbeantwortet. Dies hatte zur Folge, dass betroffene Kollegen ihren rechtlichen Status nicht kannten und somit über ihre Rechte und Pflichten im Unklaren blieben.

Die übergebenen Handschuhe, deren Einstufung nach dem Waffenrecht bereits zu diesem Zeitpunkt durch das Bundeskriminalamt (BKA) feststand (keine Waffe, kein gefährlicher Gegenstand), konnten im

Nachgang den Kollegen nicht wieder ausgehändigt werden, da keine Protokolle gefertigt wurden und die Handschuhe nicht personenbezogen in einer Plastiktüte einer Berliner Großbäckerei gelagert wurden. Die fehlende Transparenz und mangelnde Fürsorgepflicht setzte sich in einem Gespräch mit den Vorgesetzten fort. Hierbei wurde das Führungspersonal ihrer Funktion enthoben und ohne weitere Ausführungen hierzu mit der Floskel entlassen „... meine Herren, sie haben ja genügend Überstunden. Nehmen sie sich dienstfrei und überdenken sie die Sache kritisch.“ Darüber hinaus wurde beispielsweise einem kritisch nachfragenden Beamten ein Hausverbot erteilt. Dieser Umgang sowie die folgende mediale Berichterstattung belasteten den Einzelnen psychisch und führten zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen. In den nächsten Wochen erfuhren die Beamten mehr aus der Presse von im Raum stehenden Vorwürfen als von „ihrer Behörde“. Fragen aus dem engsten Bekannten- und Familienkreis konnten die Beamten nur schwer entgegenen. Wie sollte auf die Frage des eigenen Kindes reagiert werden? „Papa, bist du jetzt ein Verbrecher?“

In den anschließenden Monaten folgten 42 Anhörungen von Mitarbeitern und zwölf Zeugenvernehmungen, wodurch die im Raum stehenden Vorhaltungen nicht bestätigt werden konnten. Selbst kleinste Anhaltspunkte, die einen Straftatverdacht begründen ließen, führten zur Einleitung von Ermittlungsverfahren, die durchge-

hend mit einer Einstellung endeten. Nach einem Jahr wurden die Ermittlungen zum Disziplinarverfahren abgeschlossen. Es folgte die erste Einstellung des Verfahrens ohne Feststellung eines Dienstvergehens. Dann wechselte die Ermittlungsführung, welche nach einer zeitlichen Einarbeitung lediglich Schlussberichte zu den Verfahren, die überraschenderweise für die Betroffenen mit Disziplinarmaßnahmen enden sollten, fertigte. Bedauerlicherweise fand unsere Mitarbeit in Form von ständiger Auskunftsbereitschaft und aktiver Teilnahme im Disziplinarverfahren keinerlei Berücksichtigung. Infolgedessen bestritten die Beamten den Rechtsweg, sodass zwei Verfahren gerichtlich eingestellt wurden und drei Verfahren zur Aufhebung der Disziplinarverfügung führten und u. a. im Rahmen der Verjährung ein Ende fanden. Ein Kollege nahm einen Disziplinarbescheid (Verweis) aufgrund der dauernden psychischen Belastung an. Abschließend sei erwähnt, dass das gesamte Verfahren der sieben Führungskräfte mehr als 5000 € an Kosten verursacht hat und am Ende zu keinem, wie ursprünglich angenommen, schwerwiegenden Dienstvergehen geführt hat. Insgesamt waren in diesem Verfahren vier Rechtsanwälte der GdP involviert, die den Beamten stets tatkräftig zur Seite standen. An dieser Stelle bedanke ich mich bei der GdP und den Rechtsanwälten Dr. Ernst Engel, Herrn Heinz-Joachim Hentschke, Herrn Wolfgang Becker und Herrn Thomas Wölke.

Name der Redaktion bekannt

AKTIVITÄTEN

Februar 2012

- Donnerstag, den 2. 2. 2012**
- Interview mit TV Berlin zum Thema „Kopfhörer im Straßenverkehr“
- Samstag, den 4. 2. 2012**
- Interview mit dem Bayrischen Rundfunk zum Jahrestag der Räumung Liebigstraße
- Montag, den 6. 2. 2012**
- Teilnahme an der ISO-A-Sitzung im Abgeordnetenhaus
- Dienstag, den 7. 2. 2012**
- Interview mit dpa zum Thema „Weitere Einsätze zur Bekämpfung von Autobränden“
- Mittwoch, den 8. 2. 2012**
- Gespräch mit Mitgliedern des LBV und dem Leiter des LKA 4 – Bernd Finger – zur Bekämpfung der „Organisierten Kriminalität“ (OK)

- Freitag, den 10. 2. 2012**
- Teilnahme am Neujahrsempfang des DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg
- Mittwoch, den 15. 2. 2012**
- Interview mit dpa zum Thema „Kennzeichnung“
- GdP-Bundesvorstand
- Montag, den 20. 2. 2012**
- Interview mit der „Berliner Woche“ zum schlechten baulichen Zustand von Dienstgebäuden in der Polizeidirektion 1
- Teilnahme an der ISO-A-Sitzung im Abgeordnetenhaus
- Freitag, den 24. 2. 2012**
- Interview mit TV Berlin zum Thema „Kennzeichnung“
- Dienstag, den 28. 2. 2012**
- Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, Dr. Florian Graf, zu unseren Forderungen an Senat und Abgeordnetenhaus für die 17. Wahlperiode

März 2012

- Freitag, den 2. 3. 2012**
- Teilnahme an der Bundesvorstandssitzung des DGB
- Samstag, den 3. 3. 2012**
- Interview mit der Berliner Morgenpost zum Thema „Zwangskennzeichnung“
- Montag, den 5. 3. 2012**
- Interview mit Deutschland Radio Kultur zum Thema „Gewalt gegen Polizeibeamte“
- Interview mit der B. Z. „100 Tage Berliner Senat“
- Freitag, den 9. 3. 2012**
- Interview mit der Märkischen Allgemeinen zum Thema „Wohnungseinbrüche“
- Montag, den 19. 3. 2012**
- Interview mit der Berliner Morgenpost zu den Haushaltseinsparungen 2012/ 2013



AKTIVITÄTEN

- Teilnahme am gewerkschaftspolitischen Beirat der SPD

Dienstag, den 20. 3. 2012

- Teilnahme an der Klausurtagung des Bundesvorstandes der GdP
- Interview mit Otto Diederichs – freier Journalist – über die Personaleinsparungen im Doppelhaushalt 2012/2013

Mittwoch, den 21. 3. 2012

- Fortsetzung der Klausurtagung des Bundesvorstandes der GdP
- Interview mit der Berliner Morgenpost, dem Berliner Kurier, der Berliner Zeitung und der B. Z. zu den Personaleinsparungen im Doppelhaushalt 2012/2013

- Teilnahme an einer Veranstaltung des Polizeiarbeitskreises der CDU zu den Personaleinsparungen in der Berliner Polizei

Donnerstag, den 22. 3. 2012

- Fortsetzung der Klausurtagung des Bundesvorstandes der GdP
- Interview mit dem rbb zum Thema „Gewalt gegen Polizeibeamte“
- Interview mit der Berliner Morgenpost und dem Berliner Kurier zu Personaleinsparungen beim Zentralen Objektschutz und Gefangenenwesen
- Interview mit dem Tagesspiegel zur Beschaffung von Dienstmotorrädern für die Polizei

Donnerstag, den 29. 3. 2012

- Interview mit dpa zu den Themen „1. 5. 2012“ und „Kennzeichnung von Polizisten“

TAUSCHPARTNER/-IN GESUCHT!

Suche Tauschpartner aus Berlin-Brandenburg nach München. Ich selbst bin Polizeiobermeister im Präsidium München und möchte zwecks Familienzusammenführung schnellstmöglich wieder in die Heimat. Der Tauschpartner muss für mich ins Präsidium München, die Probezeit abgeleistet haben und aus dem mittleren Dienst sein. Evtl. auch zwei Tauschpartner möglich. Falls jemand tauschen will oder jemanden kennt, bitte melden unter: Dennis Rempf, Funk: 0 17 87 15 48 46, E-Mail: dennis_rem@web.de

SPORT

Dienststellenstaffellauf – traditionell versorgt durch die GdP



Äpfel, Bananen und Müsliriegel waren am GdP-Stand heiß begehrt.

Foto: MiLa

Für den am 30. März absolvierten Dienststellenstaffellauf übernahm die GdP traditionell die Versorgung. Trotz der eher kühlen Temperaturen am Strandbad Tegel war der Versorgungsstand bei den Athleten wieder heiß begehrt. Die Helferinnen und Helfer der GdP hatten die Biertischgarnituren kaum aufgebaut, da stärkten sich bereits die ersten der rund 300 Läuferinnen und Läufer an den Leckereien der GdP.

Knackige Äpfel und goldgelbe Bananen fanden reißenden Absatz, genauso wie die bunt gemischten Müsliriegel. Nicht nur den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, sondern auch den Organisatoren der Landespolizeischule hat die Aktion der GdP sehr gut gefallen. So wird die GdP wohl auch den nächsten Dienststellenstaffellauf betreuen, damit die Athleten ausreichend gestärkt werden können.

Diplom-Psychologin Ranja El Saadani

Verhaltenstherapie,
EMDR, NLP, DBT,
Lebensberatung

Fühlen Sie sich unzufrieden? Kraftlos?
Ungerecht behandelt? Unter Druck?
Gehen Sie im Beruf oder privaten Alltag
über Ihre Grenzen?

Reagieren Sie auf Ihre innere
Unzufriedenheit mit Schlafstörungen?
Antriebs- und Konzentrations-
störungen? Übermäßigem Alkohol-
oder Tablettenkonsum? Zu viel oder
zu wenig Essen? Erbrechen?
Einer Sinn- oder Lebenskrise?
Übermäßiger Arbeit? Angst? Grübeln?

Wollen Sie etwas verändern?

Sie können es!

Mit meiner professionellen und
einfühlsamen Unterstützung können
Sie Ihre Ziele erreichen!

Pariser Str. 54
10719 Berlin-Wilmersdorf
Tel.: 0 30/20 61 56 39
E-Mail: info@ranja-elsaadani.de
www.ranja-elsaadani.de



Berechnung Versorgungsbezüge nach § 14 a BeamtenVG

Infoveranstaltung am 23. 5. 2012

Das Bundesverwaltungsgericht hat am 23. 6. 2005 – BVerwGE 124, 19 – grundsätzlich entschieden, dass es sich bei dem Mindestruhegehaltssatz von 35 v. 100 gemäß § 4 Satz 1 BeamtenversorgungsG auch um einen vorübergehend zu erhöhenden Gehaltssatz handelt. Im Ergebnis waren eine Vielzahl von Versorgungsbescheiden rechtswidrig.

Die Entscheidung war insbesondere für Kolleginnen und Kollegen aus dem Beitrittsgebiet von Bedeutung, weil bei ihnen bei der Berechnung des Ruhegehaltssatzes die Grundzüge des Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes vom 23. 6. 2005 nicht angewendet worden sind. Ergebnis war eine Klagewelle, die letztendlich immer noch nicht zu einer endgültigen Entscheidung geführt hat. Zuletzt hatten der Deutsche Bundestag sowie auch verschiedene Landesparlamente den § 14 a BeamtenVG bzw. die entsprechenden Landesgesetze rückwirkend geändert. Dies wiederum hat das Bundesverwaltungsgericht veranlasst, ein Verfahren gemäß Art. 100 Abs. 1 GG auszusetzen, um vor dem Bundesverfassungs-

gericht die Frage zu klären, ob Art. 17 Abs. 1 des Dienstrechtsneuordnungsgesetzes vom 5. 2. 2009 (Bundesgesetzblatt I, Seite 160, 274) mit Art. 20 Abs. 3, Art. 33 Abs. 5 und Art. 3 Abs. 1 GG unvereinbar und nichtig sind, soweit Art. 4 Nr. 11 a aa) mit Wirkung vom 24. 6. 2005 in Kraft tritt.

Der zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hatte den DGB und die GdP in dem Verfahren zu einer Stellungnahme aufgefordert. In der grundsätzlichen Stellungnahme des DGB wird klargestellt, dass der DGB die rückwirkende Änderung des § 14 a BeamtenVG für verfassungsrechtlich nicht zulässig hält. Wann das Bundesverfassungsgericht über diese Frage letztendlich entscheiden wird, ist nicht bekannt. Allerdings deutet vieles darauf hin, dass das Bundesverfassungsgericht wieder einmal als Reparaturbetrieb der Demokratie tätig werden muss, um verfehlte Entscheidungen der Damen und Herren Abgeordneten zu korrigieren.

Über die Entwicklung in dieser Angelegenheit und aufgetretene Fragen infor-

miert die Rechtsabteilung der Gewerkschaft der Polizei in einer Informationsveranstaltung am 23. 5. 2012 in der Geschäftsstelle der GdP, Kurfürstenstraße 112 in 10787 Berlin. Ein Punkt im Rahmen dieser Informationsveranstaltungen wird auch auf die Problematik der Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichtes Berlin-Brandenburg (z. B. OVG 4-B 73.09) zum sogenannten amtsunabhängigen Mindestruhegehalt von 65 v. 100 aus der Endstufe der Besoldungsgruppe A 4 sein.

In der Gesamtschau können wir schon jetzt sagen, dass es dank der Gewerkschaften, nicht zuletzt der Gewerkschaft der Polizei, gelungen ist, in der Sache nicht locker zu lassen und das Problem letztendlich bis vor das Bundesverfassungsgericht zu tragen.

Die Veranstaltung beginnt um 15.00 Uhr im Großen Sitzungssaal der GdP in der Kurfürstenstraße. Wir hoffen auf eine rege Beteiligung.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Tetzner

Das Polizeisozialwerk informiert

der nächste Urlaub kommt bestimmt -

Warum nicht mal Florida!



Alle Mitglieder der GdP und deren Angehörige erhalten bei Buchung im **TIDE** einen Preisnachlass von **10 %**.

Bitte beachten: Bei Buchung den **Code Gewerkschaft der Polizei** unbedingt angeben. Nur so kommen Sie in den Genuss des Nachlasses.

Nachträgliche Codenennung ausgeschlossen!

Tide Vacation Apartments
2800 North Surf Road
Hollywood, Florida 33019
Tel.: 001 954 923 3864
Fax: 001 954 923 8510

E-Mail: tide@tidevacation.com
www.tidevacation.com
Bürozeiten: Mo-Sam 10-17 Uhr (USA-Zeit)
entspricht **16-23 Uhr (deutscher Zeit)**



FRAUEN

Der Fachausschuss Frauen stellt sich vor

Wir vom Fachausschuss (FA) Frauen wollten uns mal wieder sehenlassen.

Daher findet ihr hier ein kleines Foto von uns, bei unserer Sitzung im März. Und richtig ... In diesem Jahr werden wieder Frauenvertreterinnen und die Personalräte gewählt. Wir stehen gerne potenziellen Kandidatinnen mit Rat und Tat zur Seite.

vertreterin. Alle Kandidatinnen, die sich mit Unterstützung der GdP zur Wahl stellen, werden sich vor der Wahl bei euch durch Plakate u. Ä. bekannt machen. Achtet aber auch auf Wahlaushänge der Wahlvorstände. Wir zählen auf euch durch hohe Wahlbeteiligung und das Kreuz an der richtigen Stelle. Und Hilfe in den Wahlausschüssen und Vor-



Foto: Beatrice Weiß

Die letzten Themen, mit denen wir uns im FA Frauen beschäftigt haben, waren unter anderem: Kandidatinnensuche für anstehende Wahlen, die Aktualisierung des LGG und des Frauenförderplans, Vereinbarkeit von Familie und Beruf unter Gesichtspunkten des demographischen Wandels.

In der Neufassung des LGG wurden u. a. die Rechte der Frauenvertreterinnen noch ein bisschen konkretisiert, z. B. bei der Beteiligung an Beurteilungen. Was aber in diesem Jahr besonders wichtig ist, die Wahlordnung für die Wahl zur Frauenvertreterin hat sich geändert. Die Frauenvertreterin und ihre Stellvertreterin werden in getrennten Wahlgängen gewählt. Stellvertreterin wird also nicht mehr die Kandidatin mit den zweitmeisten Stimmen, sondern die mit den meisten Stimmen des Wahlgangs für die Stell-

ständen ist immer gern gesehen. Meldet euch einfach bei eurer amtierenden Frauenvertreterin.

Übrigens, der FA Frauen tagt regelmäßig jeden vierten Mittwoch im Monat ab 16.00 Uhr in den Räumen der GdP-Geschäftsstelle Berlin. Wir freuen uns über interessierte Kolleginnen.



Junge Gruppe – Wer verbirgt sich dahinter?

Zehn Fragen an Sebastian P.



Sebastian P.

1. Wie würdest du dich selbst mit drei Worten beschreiben?
Kommunikativ, hinterfragend, offen.
2. Welches Wort benutzt du am häufigsten?
Weeste? (auf Hochdeutsch: weißt du?).
3. Wie kamst du zur Polizei?
Auf der Suche nach einer neuen Herausforderung, schien mir das Passende. Beruf kommt schließlich von Berufung.
4. Wo gehst du am liebsten essen und was isst du dort?
Vapiano, Pasta ... einfach göttlich!
5. Wer war der Lieblingsstar deiner Kindheit?
Kai Tracid, der Mann weiß was Musik bedeutet.
6. Welche drei Dinge nimmst du auf eine einsame Insel mit?
Badehose, Handy, Solarladegerät (für das Handy).
7. Was bringt dich auf die Palme?
Ja-Sager und meinungslose Menschen.
8. In welchem Geschäft würdest du deine Kreditkarte bis ans Limit ausreizen?
Jack & Jones, da würde einiges zusammenkommen.
9. Tee oder Kaffee?
Kaffee mit viel Milch aber OHNE Zucker.
10. Wie lautest dein Lieblingszitat?
Man muss die Sachen betrachten wie sie sind, nicht wie man sie gern hätte.



GdP-Mobil wird nicht weitergeführt



Der Artikel in der März-Ausgabe der Deutschen Polizei, in dem wir darüber berichtet haben, dass wir Verhandlungen über eine kostenlose Weiterführung unseres GdP-Mobile führen, hat uns nach Redaktionsschluss zeitlich überholt.

Leider müssen wir heute darüber informieren, dass der Tarif GdP-Mobile zum 30. 4. 2012 gekündigt worden ist. Die Polizeisozialwerk GmbH musste diesen Schritt vollziehen, nachdem ihr Vertragspartner keine freigeschalteten SIM-Karten mehr zur Verfügung gestellt hat. Mehr als tausend Antragsteller konnten deshalb keine SIM-Karten erhalten. Wir bedauern diesen Schritt, zumal wir den Mehrwert für unsere Mitglieder gerne er-

halten hätten. Unter diesen Umständen blieb der PSW GmbH keine andere Wahl.

Polizeisozialwerk GmbH



KOLLEGEN DANKEN

Gewonnene Klage Niepelt ./. Land Berlin

Es ist nicht lange her, als ich Rat suchend vor Ihnen stand. Und nun will ich meine Freude mit Ihnen teilen: Es ist uns gelungen, die Klage vor dem Verwaltungsgericht Berlin – 28. Kammer – zu gewinnen. Das Urteil gilt rückwirkend ab der Antragstellung am 1. November 2011, dementsprechend habe ich bereits eine Nachzahlung für den Zeitraum vom 1. November 2009 bis 31. Oktober 2011 erhalten; darüber hinaus entfallen sämtliche Versorgungsansprüche gänzlich, sodass ich meine Bezüge nunmehr in ungekürzter Höhe erhalte.

In diesem Zusammenhang will ich mich bei Ihnen sehr herzlich für Ihre tatkräftige Hilfe sowie erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem von Ihnen empfohlenen Fachanwalt für Arbeits- und Familienrecht, Herrn Dr. Ernst Engel, bedanken, welcher zu meiner vollsten Zufriedenheit handelte.

Norbert Niepelt

Frühjahr – Sommer – Herbst – Winter, eine Reise ins Fichtelgebirge lohnt sich immer!



Für GdP-Mitglieder 10% Ermäßigung
auf Übernachtung mit Frühstück/Halbpension
Pension/Apartmenthaus „Zur Mühle“
Vordorfermühle im Röslatal
am Fuße des Schneeberges.

Vordorfermühle 2
95709 Tröstau im Fichtelgebirge
Tel.: 0 92 32/29 43
E-Mail: gasthof-zur-muehle@web.de
www.vordorfermuehle.de

Wichtiger Hinweis bitte beachten!

Bei Anmeldung bitte Kennwort „Gewerkschaft der Polizei“ angeben!
Nur bei Vorlage des GdP-Mitgliedsausweises bekommen Sie die 10%ige Ermäßigung beim Bezahlen.



AG BILDUNG

Mischseminar

In der Zeit vom 2. bis 4. März 2012 fand das Mischseminar aus der allgemeinen Seminarreihe 2011/2012 in Lehnin statt.

Unsere Teamer waren zum einen Burkhardt Opitz und zum anderen Jörg Fuhrmann. Sie führten uns mit ihrem Fachwissen und viel Humor durch das große Thema „Konfliktgespräche“. In Form von Arbeitsgruppen und einem kleinen Rollenspiel wurde von ihnen Licht ins Dunkel der Vielfalt von Gesprächsführungsmöglichkeiten gebracht.

Ein weiteres Thema war die Zusammenarbeit zwischen den Funktionären der einzelnen Bezirksgruppen und deren Vertrauensleuten. Hierbei wurden beide Seiten intensiv beleuchtet und nach einer Opti-



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Mischseminares

mierung der Arbeitsabläufe gesucht. Nach der Ergebnisvorstellung wurden die Resultate in einer offenen Diskussionsrunde ausgewertet.

Zu diesem speziellen Thema wurden alle Bezirksgruppenvorsitzenden angeschrieben und eingeladen. In diesem Zusammenhang möchten wir uns bei den Bezirksgruppenvorstandsmitgliedern bedanken, die der Einladung nachgekommen sind.

Es wäre wünschenswert, wenn zu den künftigen Seminaren alle Bezirksgruppen ein Vorstandsmitglied schicken würden, um ein Kennenlernen und besseres Miteinander zu ermöglichen.

Für alle jetzigen und künftigen Vertrauensleute sollte dieses Seminar ein MUSS sein.

Wir freuen uns auf den dritten Teil dieser Seminarreihe im Mai!

Interessierte Teilnehmer/-innen der Seminarreihe

BEAMTENBESOLDUNG

Berliner Besoldungsneuordnungsgesetz ändern

In den Gesprächen über eine Anpassung der Besoldung und Versorgung der Berliner Beamtinnen und Beamten werden der DGB und seine Öffentlichen-Dienst-Gewerkschaften auch eine Änderung des Besoldungsneuordnungsgesetzes fordern. Dazu hat der Hauptpersonalrat an Innen- und Sportsenator Frank Henkel geschrieben (Auszug): „Die von uns schon kritisierten Benachteiligungen zahlreicher Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter durch die Besoldungsüberleitung müssen endlich beseitigt werden:

- Alle übergeleiteten Beamtinnen und Beamten müssen spätestens nach zwei Jahren in die nächste Erfahrungsstufe aufsteigen.
- Die bei Inkrafttreten des Gesetzes schon vorhandenen Anwärterinnen und Anwärter müssen nach Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe bei der Zuordnung zu den Erfahrungsstufen rückwirkend wie übergeleitete

Beamtinnen und Beamte gestellt werden (Vertrauensschutz).

- Anpassung/Nachbesserung der Regelungen für alle Beamtinnen und Beamten, soweit sie durch die Überleitung in das neue Besoldungssystem Einkommensverluste bezogen auf ihre zu erwartende Lebensarbeitszeit von mehr als ein Prozent erfahren (Erpektanzverluste); dazu gehören Beamtinnen

und Beamte in Fachlaufbahnen mit eher kürzeren Lebensarbeitszeiten im Beamtenverhältnis (späterer Eintritt wegen erforderlicher hauptberuflicher Tätigkeiten in privatrechtlichen Verhältnissen und früherem Regelpensionsalter als 65 Jahre). Für den Ausgleich dieser Expektanzverluste ist eine gesetzliche Grundlage zu schaffen.“



**Gut,
dass es sie gibt.**
Gewerkschaft der Polizei



BÜRGERÄMTER



Von links: Roman Skwirawski, Fachbereichsleiter Bürgerdienste, Frau Wenzel, Amtsleiterin Bürgerdienste, Uwe Brockhausen, Stadtrat für Bürgerdienste, Martina Wirth, Vorsitzende der GdP-Bezirksgruppe Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO), Klaus Eisenreich, GdP-Geschäftsführer.

In einem Gespräch mit dem Stadtrat für Bürgerdienste im Bezirksamt Reinickendorf konnte keine Einigung über eine Zuordnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bürgerämter in Reinickendorf in die Entgeltgruppe 8 TV-L zwischen der GdP und dem Bezirksamt Reinickendorf erzielt werden. Nach einem anderthalbstündigen Meinungsaustausch, auch über die Personalsituation und die Arbeitsbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sah sich Uwe Brockhausen nicht in der Lage, die derzeitige Zuordnung in die Entgeltgruppe 6 TV-L zu verändern. Er verwies auf eine Prüfung der Arbeitsgrundlagen im Bürgeramt, die ergeben hatte, dass eine Zuordnung in eine höhere Entgeltgruppe nicht gerechtfertigt wäre.

SENIOREN

Achtung! Brauereibesichtigung!

Endlich ist es wieder soweit! Auf vielfachen Wunsch führen wir erneut eine Brauereibesichtigung bei der Berliner-Kindl-Schultheiss-Brauerei, Indira-Ghandi-Str. 66-69, 13053 Berlin, durch! Die Brauereibesichtigung (Führung mit Verkostung und Imbiss) findet am Mittwoch, dem 30. Mai 2012, in der Zeit von 14.00 bis ca. 17.00 Uhr statt. Als Imbiss werden Eisbein, Schnitzel oder Kassler mit Beilage gereicht. Es gibt auch die Möglichkeit, Bockwurst mit Salat zu wählen. Zur Verkostung kann man neben unterschiedlichsten Biersorten auch alkoholfreie Getränke bekommen. Die Kosten pro Person im Einzelnen:

Führung mit Verkostung und Bockwurst mit Salat	14 €
Kassler mit Beilage	16 €
Schnitzel mit Beilage	17 €
Eisbein mit Beilage	18 €

Im Einzelpreis ist das Trinkgeld für das Personal bereits enthalten!

Treffpunkt: Mittwoch, den 30. Mai 2012, 13.50 Uhr, vor der o. a. Brauerei.

Fahrverbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln: S-Bahn – Ringbahn Haltestelle Frankfurter Allee, Umstieg in die Straßenbahnlinie M 13 Richtung Osloer Str. bis zum Halt Betriebshof Indira-Ghandi-Str.

Anmeldungen werden bis zum 21. Mai 2012 bei Peter Müller erbeten, Tel. 0 30/

7 96 75 20. Anrufbeantworter ist geschaltet (wir müssen die Essen zeitgerecht bestellen).

Für eine Anmeldung sind erforderlich: Name, Telefon-Nr. (für evtl. erforderlichen Rückruf), gewünschtes Essen (Eisbein, Schnitzel, Kassler, Bockwurst), Anzahl der Personen.

Bei Anmeldungen in den Seniorengruppen bitten wir auch um gleichzeitige Bezahlung. Aufgrund der begrenzten Teilnehmerzahl bitten wir um schnellstmögliche Anmeldung!

Der Kostenbeitrag ist möglichst im Voraus zu entrichten!

Bis bald, wir freuen uns auf euch!

Anzeige



Innova ist einer der größten Anbieter von Elektrogeräten, Multimediaprodukten und Küchen.
www.innova24.de

5 €
für GdP-Mitglieder

Die Innova-Club-Karte erhalten GdP-Mitglieder gegen Vorlage des Mitgliedsausweises für 5 € (statt 39,99 €)

- 10% Grundrabatt auf „fast“ alle bei INNOVA erworbenen Artikel! (ausgenommen mit * versehene Waren und Reisen)*
- Individualrabatte – verhandelbar (Bitte fragen Sie Ihren Verkäufer)*
- 10 Tage Rückgaberecht auf sämtliche Waren (originalverpackt)*
- Bis zu 5 ½ Jahren Teil-Garantie!
- Lukrative Rabatte bei Partnerunternehmen u.v.m.*
- Energiesparclub*
- Lebenslange Gültigkeit*
- Exklusiver Onlineshop*
- Exklusive Vorteile täglich neu online*
- Exklusiver Newsletter ausschließlich für Clubkunden / limitierte Angebote*
- Exklusiver Veranstaltungskalender online*

* Details siehe Clubunterlagen

- Berlin-Buckow Johannisthaler Chaussee 300, 12351 Berlin
- Berlin-Charlottenburg Heerstraße 1, 14052 Berlin
- Berlin-Hellersdorf Fritz-Lang-Strasse 2, 12627 Berlin
- Berlin-Mariendorf Mariendorfer Damm 16-18, 12109 Berlin
- Berlin-Mitte Rathausstraße 5, 10178 Berlin
- Berlin-Neukölln Karl-Marx-Straße 69, 12043 Berlin
- Berlin-Pankow Neumannstraße 13, 13189 Berlin
- Berlin-Prenzlauer Berg Schönhauser Allee 120, 10437 Berlin
- Berlin-Spandau Pichelsdorfer Straße 97, 13595 Berlin
- Berlin-Steglitz Schloßstraße 1, 12163 Berlin
- Im Tegel-Center Gorkistraße 11-21, 13507 Berlin

PolizeiSozialwerk GmbH - Kurfürstenstr. 112, 10787 Berlin - Tel.: 21 000 441 - Fax: 21 000 442
weitere interessante Angebote unter: www.gdp-berlin.de



VERANSTALTUNGEN

Senioren

Dir 2

Am 5. 6. 2012, 15.30 Uhr, im Seniorenklub Südpark, Weverstraße 38, 13595 Berlin. Auskunft erteilt Herr Schröder, Tel. 2 75 10 07.

Dir 3

Wahlergebnis: Neuer Vorsitzender Hans Pietzko, Stellvertreter Alberto Fourneaux.

Vortrag: Kollege Ullrich Thoms gibt Hinweise und Tipps für die Erstellung von Steuererklärungen. Am Dienstag, dem 5. 6. 2012, um 16.00 Uhr im Lokal „FRABEA“, Afrikanische Str. 90/Otawistr. 1, 13351 Berlin, Buslinie: 221 (Haltestelle Otawistr.).

Dir 4

Am 9. 5. 2012 (an jedem 2. Mittwoch im Monat) um 16 Uhr im Restaurant „Adria-Grill“, Kaiser-Wilhelm-Str. 55, 12247 Berlin.

Dir 5

Am 7. 6. 2012 um 14.00 Uhr im Bräustübl der ehem. Kindl-Brauerei, Werbelinstr. 50, 12053 Berlin.

Dir 6

Am Dienstag, dem 15. 5. 2012, um 16.00 Uhr im Sportcasino des KSC, Wendenschloßstr. 182, 12557 Berlin, mit Kegeln.

LABO

Am 16. 5. 2012 um 15 Uhr im Restaurant Yasmin, Wilhelmstr. 15-16 (Wilhelm-/Ecke Hedemannstr.), 10963 Berlin-Kreuzberg (U-Bahnhöfe Kochstr.

oder Hallesches Tor, Busse 240/241 oder 341 Stresemannstr.).

ZSE

Am Dienstag, dem 29. 5. 2012, um 15.00 Uhr im Restaurant „Marjan Grill“, Flensburger Str./Ecke Bartningallee, 10557 Berlin.

LKA

Am Dienstag, dem 8. 5. 2012, findet unsere Versammlung im „Gasthaus Koch“ in 12103 Berlin-Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Str. 68/Ecke Friedrich-Franz-Str. statt. Uns besucht der 1. Botschaftsrat der Russischen Botschaft, Herr Viktor M. Sazonov. Thema seines Vortrages: Das Verhältnis Russland-Deutschland.

Am Dienstag, dem 22. 5. 2012, 10.00 Uhr, starten wir von Potsdam-Hauptbahnhof mit einem uns zur Verfügung stehenden Bus zu einer Stadt- und Schlösserrundfahrt durch Potsdam. Rechtzeitige Anmeldung ist erforderlich! Der Unkostenbeitrag beträgt ca. 21,- . Treffpunkt: Potsdam-Hauptbahnhof, Ausgang Babelsberger Str.

Vorankündigung:

Dienstag, den 5. 6. 2012, Versammlung im „Gasthaus Koch“. Wir erwarten den Besuch der Bundestagsabgeordneten Frau Stefanie Vogelsang, die uns über Aktuelles aus dem Bundestag berichten wird.

19. 6. 2012 – Erlebnisausstellung „THE STORY OF BERLIN“ im Ku-

damm-Karree und Besichtigung des Atomschutzbunkers – wegen einer begrenzten Teilnehmerzahl ist eine rechtzeitige Anmeldung erforderlich – Unkostenbeitrag: 7,- €.

Kontakt: Jürgen Heimann, Tel. 0 15 25/ 4 10 05 34 (gdp-mobile), oder Martin Hoffmann, Tel. 0 15 25/4 10 13 34 (gdp-mobile).

Zu allen Treffen sind interessierte Mitglieder, Ehe- bzw. Lebenspartner herzlich eingeladen und willkommen.

NACHRUF

- Lotte Nober**, 88 Jahre Bezirksgruppe Dir 1
- Horst Zernick**, 87 Jahre
- Ursula Goersch**, 81 Jahre Bezirksgruppe Dir 3
- Traute Zahnow**, 89 Jahre Bezirksgruppe Dir 4
- Ulrich Handke**, 55 Jahre Bezirksgruppe Dir 6
- Volker Köber**, 60 Jahre
- Klaus Böhlke**, 75 Jahre
- Norbert Steinberg**, 56 Jahre Bezirksgruppe ZA
- Hans-Jürgen Gube**, 64 Jahre Bezirksgruppe ZSE

Anzeige Servicegesellschaft der Gewerkschaft der Polizei Mecklenburg-Vorpommern 

Reiselust ...

Berlin Plus

Keine Buchungsgebühren

Sie suchen sich Ihr Urlaubsziel aus den Katalogen von über 1.500 Veranstaltern aus So wird`s gemacht:
 Faxen Sie Ihren Reisewunsch (Ziel, Dauer, EDV-Nr. pp.) an 0385-20841811.
 (Formular unter <http://www.policyservice-mv.de>)
 Für Rückfragen steht die Kollegin Jana Kleiner unter Tel.: 0385-20841817 zur Verfügung.
 Sie werden in kürzester Zeit über Ihre Buchung informiert.



Mitglieder erhalten 5% Zuschuss.





Polizeisozialwerk GmbH
 Kurfürstenstr. 112, 10787 Berlin
 Tel.: 21 000 441 Fax: 21 000 442

weitere interessante Angebote unter www.gdp-berlin.de



VERANSTALTUNGEN

Bezirksgruppen

Dir 4

Am Dienstag, dem 22. 5. 2012, um 17 Uhr im Restaurant „Traberterrassen“, Mariendorfer Damm 221, gegenüber Kruckenbergstr., 12107 Berlin.

Dir 5

Am 7. 6. 2012 um 15.30 Uhr, Bräustübl der ehem. Kindl-Brauerei, Werbellinstr. 50, 12053 Berlin.

Dir 6

Am Donnerstag, dem 24. 5. 2012, um

16.00 Uhr in der Kantine Poelchastr. 1, 12681 Berlin. Interessierte Mitglieder sind herzlich willkommen.

ZSE/Stab PPr

Am Donnerstag, dem 31. 5. 2012, um 16.00 Uhr im Restaurant „Kaiserhof Gaststätte“, Stresowstr. 2 (verl. Freiheit), 13597 Berlin-Spandau, S-Bahnhof Stresow.

LKA

Am 24. 5. 2012 um 15.30 Uhr im Landeskriminalamt Berlin, Bayernring 44, Raum

311 (Bitte den Eingang Tempelhofer Damm 12 nutzen), 12101 Berlin.

LABO

Am Montag, dem 14. 5. 2012, um 17 Uhr im Restaurant „Yasmin“, Wilhelmstr. 15–16 (Wilhelm-/Ecke Hedemannstr.), 10963 Berlin (U-Bahnhöfe Kochstr. oder Hallisches Tor, Busse 240/241 oder 341 Stresemannstr.).



KLARTEXT REDEN
ZUKUNFT GESTALTEN

DIE GdP GRATULIERT

Geburtstage

80 Jahre

Wolfgang Herrmann, Direktion 2, Rolf Glamann, Direktion 3, Gerhard Adamovich, Manfred Dickmann, Direktion 5, Guenter Kankel, Direktion 6, Friedrich Pagel, Zentrale Service Einheit

85 Jahre

Magdalena Einfinger, Bernhard Glawe, Erna Lucke, Direktion 2, Horst Krömer, Direktion 3, Wolfgang Huth, Direktion Zentrale Aufgaben, Gisela Herzog, Zentrale Service Einheit

90 Jahre

Guenter Schreiber, Direktion 1, Alexander Loof, Direktion 3, Horst Welzel, LABO

91 Jahre

Elfriede Feldmann, LABO

92 Jahre

Annelies Schulz, Emma Schulz, Direktion 5

93 Jahre

Heinz Bönke, LKA

95 Jahre

Gerhard Mamot, Direktion 2, Hans Brederlow, LKA

96 Jahre

Herbert Rechenberg, Direktion 2

97 Jahre

Ella Schulz, Zentrale Service Einheit

99 Jahre

Heinz Naumann, LABO

Jubiläen

25 Jahre

Guido Behr, Hartmut Brandt, Michael Butterling, Bruno Chowanietz, Marcus Adolf Eicke, Martina Feltin, Andreas Giersch, Renate Gries, Peter Hartmann, Robert Krüg, Claudia Limprecht, Matthias Meißner, Detlef Peschel, Andreas Reuß, Ulrich Samlow, Torsten Tramburg, Andreas Trölsch, Horst Wyrwinski

40 Jahre

Margarete Baumann, Wilfried Bonge, Sonja Grahl, Norbert Hoppe, Wolfgang Horter, Klaus-Jürgen Kraneis, Bernd Krüger, Manfred Malitzki, Detlef Schmidt, Michael Ullrich

50 Jahre

Gunnar Cardinal von Widdern, Alfred Gohlisch, Wolfgang Knaebel, Günter Krause, Helga Kulinat, Juergen Linck, Rosemarie Lukasczyk, Fred Mehley, Horst Meier, Bernd Ninnemann, Hartmut Pech, Peter Reinsch, Ilse Riemer, Bodo Selle, Jürgen Wischniewski

60 Jahre

Hildegard Heinze, Walter Huetter, Ilse Lewin, Ilse Nohl, Karl Olscher, Katharina Weide

Anzeige

MEDIRENTA
CLASSIC

Damit mehr Zeit fürs Wesentliche bleibt:

Beihilfe leicht gemacht!

Für Beamte im Einsatz: Seit mehr als 25 Jahren bearbeitet MEDIRENTA Ihre Krankenkosten-Abrechnungen und führt Sie sicher durch den Abrechnungs-Dschungel.

Mehr Informationen unter Telefon **030-605 1001**

MEDIRENTA Krankenkostenabrechnungs GmbH

www.medirenta.de info@medirenta.de

